

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

unabhängig vom Beklagen des mit jedem Krieg verbundenen menschlichen Leids denkt man in Deutschland im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg vor allem an das Risiko einer Ausweitung zum Weltkrieg und den schon jetzt absehbaren Wohlstandsverlust. Wie man in Russland über diesen Krieg denkt, soll an dieser Stelle dahingestellt bleiben – zu sehr dürfte hier abseits der Propaganda die Meinung des breiten Volkes von der offiziellen Kreml-Meinung abweichen. In den USA blickt man dagegen wohl mehrheitlich mit anderen Augen nach Osteuropa. Zumindest die politische und militärische Führung dieses Landes ist schließlich darin geübt, alle außenpolitischen Risiken sofort auf deren mögliche Chancen für die USA zu untersuchen.

Dieser Unterschied drückt sich in einem vollkommen unterschiedlichen Verhalten der politischen Führung Deutschlands und der USA aus. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zögert und zaudert (was sich nach Auffassung mancher Beobachter aber im Nachhinein als gar nicht einmal schlecht erweisen könnte), und US-Präsident Joe Biden – bzw. dessen Beraterteam – zieht am „außenpolitischen Spieltisch“ die Fäden. Für Washington ist dies nichts Neues, sondern eine jahrzehntelange Übung, bei der im Laufe der Jahre nur die Einsatzorte wechselten. Unabhängig von der jeweiligen politischen Heimat sahen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs alle US-Präsidenten stets zuerst die Chancen auf mehr Macht, neue Verbündete und höheren Wohlstand, wenn es um eine direkte oder indirekte Beteiligung der USA an nicht auf amerikanischem Boden ausgetragene Konflikte ging und geht.

Auch der gegenwärtige Ukrainekrieg weist längst alle Merkmale eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland und den USA auf. Die US-Führung verfolgt nach verbreiteter Beobachteransicht dabei insbesondere drei strategische Ziele. Man versucht erstens, die Erinnerung an den eher schmachvollen Rückzug der US-Truppen aus Kabul vergessen zu machen. Und Biden persönlich nutzt die Chance, mit einer harten Rhetorik gegenüber Wladimir Putin sein eher angeschlagenes Image als „sleepy (schläfriger) Joe“ aufzupolieren. Dabei hilft ihm First Lady Jill Biden nach Kräften, indem sie z.B. medienwirksam nach Kiew reiste und auch dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ihre Aufwartung machte.

Zweitens sieht man in Washington im Ukrainekrieg auch die Chance, Russland nachhaltig militärisch zu schwächen. Man testet gewissermaßen die Stärke des russischen Militärs. Dies ohne Risiko für die Amerikaner (weil man nicht an einen Atomwaffeneinsatz durch Russland glaubt) und mit einem – gemessen am US-Militärbudget – vergleichsweise geringen Einsatz. Dennoch werden die USA in diesem Jahr mit Hilfszahlungen von nach heutigem Stand rund 45 Mrd. Dollar der mit Abstand größte Unterstützer der Ukraine sein. Der US-Sender CNN spricht deshalb auch ganz offen von einem „Proxy War“ (Stellvertreterkrieg), bei dem US-Kräfte den ukrainischen Verbänden auch mit wichtiger Aufklärungsarbeit helfen.

Drittens dürfte man die von der westlichen Welt beschlossenen und getragenen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland in Washington mit stiller Freude zur Kenntnis nehmen. Steigende Öl- und Gaspreise lassen die Gewinne der US-amerikanischen Energiekonzerne schon jetzt explodieren und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Die Auftragsbücher der Rüstungsfirmen sind vollgeschrieben und die Rückverlagerung der ersten Wertschöpfungsketten von Russland zurück in die USA beginnt. Vor allem Letzterem misst man in Washington große Bedeutung zu, könnte man darin doch auch manche Blaupause für ein später entsprechendes Vorgehen gegen die Volksrepublik China sehen.

Man hofft in Washington bereits recht unverhohlen auf eine Renaissance der seit Jahrzehnten darbenenden US-Exportindustrie, man träumt von einem neuen „Exportweltmeister USA“. Der vom früheren US-Präsidenten Donald Trump vor allem ökonomisch belegte Wunsch „America first“ wird zumindest in diesem Zusammenhang auch von Biden verfolgt. Doch auch in den USA gibt es begründete Kriegsängste: Manche Beobachter fürchten, daß der politisch lädierte Biden (bzw. dessen Beraterteam) mit seiner verdeckten Kriegsführung gegen Russland zu weit gehen, eine deutliche rote Linie überschreiten könnte. Dies wäre brandgefährlich, vor allem angesichts des diplomatischen Schweigens, das derzeit zwischen den westlichen Staaten und Russland herrscht und das im Ernstfall einer schnellen und wirkungsvollen Verständigung im Wege stehen könnte! (tb)

2 *Kölner Kniefall*

Der zwischen 1915 und 1918 von türkischen Kräften an den Armeniern begangene Völkermord ist ein Politikum. Während man in Deutschland und anderen westlichen Demokratien einmal im Jahr (am 24.4.) der Opfer gedenkt, ist in der Türkei schon das Erwähnen dieses dunklen Flecks der türkischen Geschichte mit Gefängnisstrafe bedroht. Dementsprechend opponiert auch seit Jahren die in Köln einflussreiche „türkische Diaspora“ gegen ein entsprechendes Denkmal, das vor Jahren an der Hohenzollernbrücke aufgestellt wurde. Um den Konflikt nicht eskalieren zu lassen, ereignet sich an der Hohenzollernbrücke nun seit dem Jahr 2018 immer wieder ein obskures Schauspiel: Kurz vor dem 24.4. wird das Denkmal aufgestellt und es kommt zu einer offiziellen Gedenkfeier. Danach wird es wieder abgebaut und bis zum nächsten Jahr eingelagert . . . (tb)

3 **Russland arbeitet am Goldstandard**

Informationen des Kreml zufolge strebt die russische Führung eine Gold-Bindung der Landeswährung, des Rubels, an. Der dann feste Umrechnungskurs soll bei 5000 Rubel für ein Gramm Gold liegen. Der aktuelle Plan der russischen Regierung, die Öl- und Gasfirmen des Landes anzuweisen, künftig nur noch gegen Rubel zu liefern, erfährt vor diesem Hintergrund eine zusätzliche Brisanz. Hinter gut vorgehaltener Hand sprechen immer mehr westliche Energie-Manager von einem „finanziellen Supergau“.

Warum dies so ist, ist schnell erklärt: Eine Zahlung in Dollar oder Euro war für die USA oder Europa – etwas vereinfacht zusammengefasst – mit der Möglichkeit eines praktisch kostenlosen Energiebezugs aus Russland verbunden. Denn Dollar und Euro, das zeigten die letzten Jahre in erschreckender Deutlichkeit, konnten in nahezu unbeschränkter Menge je nach Bedarf neu geschaffen werden. In früheren Zeiten hätte man von einer „heißlaufenden Banknotenpresse“ gesprochen.

Damit wird spätestens dann Schluß sein, wenn westliche Öl- und Gaskäufer ihre Rechnungen in Rubelform werden begleichen müssen und dieser zu allem Überdruß auch noch an den Goldwert gebunden ist. Es würde dann weitgehend in der Hand der russischen Zentralbank und ihren Wechselkursentscheidungen liegen, welcher tatsächliche Preis für russisches Öl und Gas zu zahlen wäre. Die Zeit preiswerten russischen Öls und Gases dürfte dann jedenfalls ein für alle Mal beendet sein.

Die westlichen Bestrebungen, von russischen Öl- und Gaslieferungen unabhängig zu werden, werden vor diesem Hintergrund mehr als verständlich. Offenbar folgt manches, das offiziell als Sanktionsmaßnahme gegen Moskau deklariert wird, zumindest zusätzlich noch ganz anderen volkswirtschaftlichen Erwägungen. Während die USA sich heute weitgehend selbst versorgen könnten (nicht zuletzt, diese Anmerkung muß der Ehrlichkeit halber gestattet sein, dank der Energiepolitik von Donald Trump), ist Europa davon weit entfernt. Zusätzlich treten hier immer deutlicher die Folgen der verfehlten „Energiewendepolitik“ Deutschlands zutage: Die Stromproduktion aus Sonne und Wind ist kaum zu steuern und die Speicherung aktuell überschüssigen Stroms ist ein noch unzureichend gelöstes Problem. Hinzu kommt die Tatsache, daß viele der für die Produktion der entsprechenden Anlagen erforderlichen Rohstoffe nach wie vor aus Russland oder China oder von dort abhängigen Staaten bezogen werden müssen. Kurzum: Die Energiewende kommt uns nicht nur teuer zu stehen, sondern sie verlagert unsere Abhängigkeit von Russland oder China nur in andere Bereiche . . . !

Mit der Rubelbindung an Gold und der Umstellung der Lieferverträge in Rubel kombiniert Moskau dagegen zwei Stützpfeiler jeder modernen Währung: Vertrauen bildet der Goldanker und die Nachfrage steuert der weltweite Energiebedarf. Zu Recht muss das US-amerikanische Biden-Regime deshalb eingestehen, daß die Tage der USA als (Dollar-gestützte) einzige Weltmacht bald beendet sein werden. (eh)

4 **Russland: Putsch gegen Putin bleibt unwahrscheinlich**

Seit Wochen wird in der westlichen Öffentlichkeit darüber spekuliert, ob Russlands Präsident Wladimir Putin nicht an einer schweren Krankheit leidet und/oder ob ihm nicht auch die Absetzung durch einen Militärputsch drohen könnte. Zumindest Letzteres halten die meisten gut eingeweihten Beobachter für derzeit eher unwahrscheinlich: Die dafür erforderliche Bereitschaft einer ausreichenden Anzahl von Offizieren wird verneint und es folgt im Regelfall der Hinweis auf umfangreiche Maßnahmen zum persönlichen Schutz Putins, die auch einem „Militärattentäter“ schwer zu schaffen machen würden.

In Putins Kreml geht man dabei nach einem Schema vor, mit dessen Hilfe sich auch despotische Staatschefs anderer Länder zu „verbarrikadieren“ pflegen. Es ist ein System der gegenseitigen Überwachung und des Misstrauens. So dürfen z.B. auch in Russland die verschiedenen Geheimdienste ihre Informationen nicht direkt austauschen, sondern sie müssen stets eine von der Staatsspitze eingerichtete „Zentrale“ informieren. In Russland hat diese Funktion zur Zeit der Inlandsgeheimdienst FSB inne, der eine direkte Nachfolgeorganisation des berühmten KGB ist, in dem Putins erstaunliche Karriere ihren Anfang nahm. Der Schutz des Kreml liegt in den Händen einer streng Putin-ergebenden Eliteeinheit und auch über das restliche Land sind entsprechende Elitekräfte verteilt. Zu ihren Aufgaben gehört das Ausspähen der Aktivitäten der „russischen Elite“ (im Wesentlichen wohl auch der Oligarchen), was in einem jeden Tag für Putin neu erstellten Dossier mündet.

Die zurzeit größte Gefahr für Putin geht in diesem Zusammenhang von den russischen Truppen selbst aus, die weitgehend unvorbereitet in den auch für Russland verlustreichen Ukrainekrieg geschickt wurden. Nach Schätzungen der NATO sollen dem Krieg bereits 15 000 russische Soldaten zum Opfer gefallen sein, die Ukraine spricht sogar von 20 000 und acht Generälen. In mehr als zehn Jahren in Afghanistan verlor Russlands Armee ebenfalls rund 15 000 Soldaten. Es ist mithin ein sehr hoher Blutzoll, der unter den russischen Soldaten in der Ukraine zunehmend Angst und Zweifel hervorruft. Berichte über russische Soldaten, die desertieren und/oder eigene Kräfte sabotieren, dürften deshalb in den meisten Fällen kein Produkt gegnerischer Propaganda sein, sondern der Realität entsprechen. Der Wunsch, das Blutvergießen zu beenden und einen neuen Korpsgeist zu generieren, kann hochrangige russische Militärs durchaus auch an einen Putsch denken lassen. Doch der reine Gedanke an einen Putsch hat mit dessen erfolgreicher Durchführung erst sehr wenig gemein. Das lehrte die Geschichte bisher immer wieder. (tb)

5 **Polnisches Unternehmen kann Treibstoffe in Nachbarländer liefern**

Das in der Europäischen Union aktuell diskutierte Ölembargo gegen Russland bezieht sich nicht nur auf die Abnahme von Rohöl, sondern auch auf Raffinerieprodukte wie Benzin oder Diesel/Heizöl. Bis Jahresende soll diese gestoppt werden, allerdings mit Ausnahmereglungen für Ungarn und die Slowakische Republik (eine noch nicht beschlossene Ausnahmeregelung fordert auch Bulgarien), die bisher große Treibstoffmengen direkt aus Russland bezogen.

Das polnische Ölunternehmen „PKN Orlen“ verspricht nun aber Abhilfe. Man verfüge, so heißt es aus dem Unternehmen, nicht nur über hinreichende Produktionskapazitäten, sondern auch über eine verlässliche Rohölversorgung für die sechs unternehmenseigenen Raffinerien. Schon vor vier Jahren habe man dafür die meisten auf dem Weltmarkt erhältlichen Rohölsorten in den eigenen Raffinerien getestet. Man wußte deshalb schon vor dem Ukrainekrieg, welche anderen Ölsorten dem bisher aus Russland bezogenen Rohstoff ähnlich sind und ohne größere Umstellungsmaßnahmen verarbeitet werden könnten. Bereits im Februar habe Orlen mehr als 30 Tanker-Ladungen aus alternativen Ölquellen erhalten und aktuell werde kein russisches Erdöl mehr bezogen. (tb)

6 USA: Demokraten formen „Orwellsches Wahrheitsministerium“

Im Herbst stehen in den USA wieder die wichtigen Zwischenwahlen an, die etwa zur Halbzeit der jeweils aktuellen Präsidentschafts-Wahlperiode Hinweise auf die politische Stimmung im Land geben und die durchaus zu neuen politischen Mehrheiten führen können. Im Vorfeld der diesjährigen Zwischenwahlen hat nun die von der Demokratischen Partei gestellte Regierung unter Präsident Joe Biden eine Behörde gegründet, die dem „Orwellschen Wahrheitsministerium“ nahekommen kann. Insbesondere in Bezug auf die Themen „Migration“ und „Russland“ soll nach den Plänen die neue Behörde jedenfalls entscheiden, welche Informationen und Auffassungen „richtig“ oder „falsch“ sind und ob sie z.B. über die sozialen Medien des Internets verbreitet werden dürfen . . .

Laut einem „FOX-News“-Bericht von Anfang Mai haben nun mehrere republikanische Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses nähere Informationen zur Organisation, personellen Besetzung und den inhaltlichen Vorgaben dieser neuen Behörde eingefordert. Die US-Bürger, so heißt es in einem Schreiben dieser Abgeordneten, hätten schließlich ein Recht auf „permanente Transparenz . . . bezüglich der Diskussionen, Entscheidungen und Handlungen“ der neuen Behörde. Und weiter heißt es: „Dieselbe Partei, die über Jahre den Schwindel von der angeblichen russischen Beeinflussung der Präsidentschaftswahlen verbreitet hatte, Berichte zum Laptop von Hunter Biden unterdrückte, . . . glaubt nun, daß sie die Glaubwürdigkeit besitzt, die Äußerungen der Bürger zu kontrollieren. Biden muß seinen Plan, ein Orwellsches Wahrheitsministerium aufzubauen, schnellstens beenden.“

Der Republikanischen Partei sitzt gewissermaßen die Zeit im Nacken. Denn weil sowohl Präsident Joe Biden als auch dessen Vizepräsidentin Kamala Harris in den aktuellen Umfragen sehr schlecht abschneiden, könnten sie und ihre Parteifreunde von der Demokratischen Partei während des Wahlkampfes versucht sein, mittels der neuen Behörde unliebsame Internet-Äußerungen ihrer politischen Konkurrenten zu unterbinden. (tb)

7 Die Grünen drehen der deutschen Wirtschaft den Strom ab

Noch nie war die deutsche Wirtschaftspolitik in Deutschland so ideologiegetrieben wie zurzeit. Statt der deutschen Wirtschaft und insbesondere dem Mittelstand mit verlässlichen Rahmenbedingungen zu helfen, scheint die aktuelle Wirtschaftspolitik unter grüner Führung deren Grundlagen anzugreifen. Der „Young Global Leaders“-Teilnehmer von WEF-Gründer Klaus Schwab, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), befürwortet offenbar die „Wirtschaftszerstörungspolitik“ des vom WEF verfochtenen „Great Reset“-Gedankens. Nach den Zwangsschließungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen sind es jetzt die gegen Russland und Weißrussland gerichteten Sanktionsmaßnahmen, die für die deutsche Wirtschaft und alle Bürger überaus schädlich sind. Ganz offen gibt Habeck inzwischen zu, daß seine Politik schadet und Wohlstandsverluste bringen wird. Und dies gilt nicht nur für die angestrebten Öl- und Gasembargos gegenüber Russland, sondern längst auch für den Strommarkt, wo sich bereits massiv gestiegene „Großhandelspreise“ bemerkbar machen und eventuell sogar eine auf europäischer Basis vorgenommene „Stromzuteilung“ drohen kann. Die von ausländischen Beobachtern als „dümmste Energiepolitik der Welt“ bezeichnete Energiewendepolitik in Deutschland läßt die mühsam aufgebaute Strominfrastruktur einstürzen, ohne daß es entsprechenden Ersatz gibt.

Während die Europäische Union – möglicherweise auf französischen und belgischen Druck hin – die Atomkraft als CO₂-freundliche und damit umweltfreundliche Energieproduktion im Sinne des „New Green Deal“ einstuft, ist Deutschland dabei, die letzten Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen. Seitdem im Jülicher Forschungsreaktor in den 1980er Jahren unfallsichere Kugelreaktoren entwickelt worden waren, durfte auf Druck der amerikanischen Partner in Deutschland kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut werden. Der „grüne Stoßtrupp“ vor Ort verhinderte dies nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Parlamenten. Ebenso katastrophal stellt sich die Bilanz in der Solarstromproduktion dar. Einst Vorreiter bei der Herstellung von Solarmodulen wurden grüne „Solarunternehmer“ und „Parteispendler“ mit Milliarden-Investitionen (gespeist u.a. aus vom deutschen Mittelstand erarbeiteten Steuergeldern) reich gemacht. Dann verkauften die meisten ihre Unternehmen und die Solarindustrie ist heute fast ausschließlich in China beheimatet. Und als ob dies noch nicht genug sei, müssen die meisten der von der Solarindustrie benötigten Rohstoffe aus Regionen beschafft werden, die ebenfalls von den chinesischen Wettbewerbern kontrolliert werden. Ob die Solarmodulproduktion eines Tages überhaupt wieder in Deutschland richtig Fuß fassen kann, ist vor diesem Hintergrund in keiner Weise absehbar.

Längst drängt sich der böse Verdacht auf, daß der grün-ideologisierte personelle Umbau des Bundeswirtschaftsministeriums den Sachverstand zugunsten der „Great Reset“-Programmatische opferte. Der deutsche Mittelstand wird zumindest nicht mehr unterstützt; vielmehr bekämpft. Die aberwitzigen, unüberlegt und zerstörerisch wirkenden Sanktionen gegen Russland und Weißrussland, gepaart mit den Sanktions- und Kriegsdrohungen gegenüber China, tun ihr Übriges, um der wirtschaftlichen Zerstörung Deutschlands Vorschub zu leisten.

Die „große Rettung“ versprach der fachfremde Bundeswirtschaftsminister durch eine besondere Lockerung der Zulassungsverfahren für Anlagen zur Gewinnung sogenannter „erneuerbarer“ Energien, z.B. Wind- und Sonne. Während das Ende der Gaslieferung aus Russland nun mit Riesenschritten näher rückt, läßt das versprochene Gesetz aber noch auf sich warten. Insofern darf davon ausgegangen werden, daß Habecks vollmundige Ankündigung entweder eine politische Finte oder Totgeburt war oder aber die Bundesregierung ganz bewusst die Zerstörung der deutschen Wirtschaft herbeiführen möchte. So, wie es Ursula von der Leyen als EU-Kommissionsvorsitzende auf dem Weltwirtschaftsforum von Klaus Schwab geradezu begeistert zum Besten gab.

Im Ergebnis sehen wir bereits einen Kilowattstunden-Strompreis für den Endkunden, der das Zehnfache des vor der Energiewende aufgerufenen Börsen-Strompreises (Arbeitspreis) ausmachen kann. Und dies mit weiter steigender Tendenz. Daraus erwächst ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für den deutschen Mittelstand, der (gepaart mit den weiteren abgabenbedingten Wettbewerbsnachteilen und der zunehmenden Rechtsunsicherheit in Deutschland) für immer mehr Unternehmen existenzbedrohliche Ausmaße annimmt. Im Ergebnis muß man festhalten, daß die deutsche Wirtschaft (und insbesondere der Mittelstand) politisch regelrecht sabotiert wird – sie wird ihre Exportfähigkeit weitgehend einbüßen, weil ihre politisch bewusst herbeigeführten Wettbewerbsnachteile durch weitere Effizienz-Steigerungen kaum noch aufgefangen werden können. Man arbeitet also nicht nur gegen den Wettbewerb aus dem Markt heraus, sondern auch gegen die politische Obrigkeit. Und Abhilfe ist nicht in Sicht, weil sich in diesem Punkt die Vertreter praktisch aller etablierten Parteien weitgehend einig scheinen . . . (eh)

8 Gewerkschaften fordern Vermögensabgabe für Lastenausgleich

Unbestritten ist die Politik verantwortlich für die wirtschaftlichen Schäden der Corona-Maßnahmen und der „Russland-Sanktionen“, die letztlich politisch erzwungen wurden und die in der deutschen Wirtschaft erhebliche Schäden hinterließen. Dies gilt in besonderem Maße für sämtliche von der Sanktionspolitik ausgehenden Schäden, weil hier ausschließlich die Politik verantwortlich zeichnet. Daß die Gewerkschaften nun eine Vermögensabgabe in Form eines insbesondere den deutschen Mittelstand treffenden „Lastenausgleichs“ fordern, schlägt für viele kritische Beobachter dem Fass den Boden aus.

Erst „bekämpft“ die Politik den deutschen Mittelstand mit den höchsten Abgaben der Welt, dann verbietet sie ihm das Tätigwerden oder macht es im Rahmen der Corona-Regeln so schwer, daß massive zusätzliche administrative Kosten entstehen und schließlich verbietet sie ihm wichtige Zukunftsmärkte und sorgt damit für Kostenexplosionen und Lieferkettenunterbrechungen. Und nun soll der dieserart geschundene deutsche Mittelstand dafür auch noch mit einer weiteren Enteignung in Form eines Lastenausgleichs büßen?

Wenn Berlins Verantwortliche problemlos und ohne größere Debatten 100 Mrd. Euro für Kriegsmaterial bereitstellen können und sich damit als größter Unterstützer einer Kriegspartei ohne triftigen Grund vordrängeln, werden manche Beobachter bei einer gleichzeitigen Forderung von Enteignungen – z.B. in Form eines Lastenausgleichs – sprach- und fassungslos. Die sozialistischen politischen Funktionäre und ihre Gewerkschaftsfreunde scheinen jegliches Maß für Anstand und Realitätssinn verloren zu haben. Nun zeigt sich immer deutlicher der ideologie- und hassgetriebene Kurs vieler unserer politisch Verantwortlichen, die den deutschen Mittelstand in erster Linie als Beute zur Finanzierung der Durchsetzung ihrer ideologischen Utopien betrachten. Und es schwant einem erst recht Böses, wenn man den Worten des „Ziehvaters“ vieler hochrangiger Politiker in Deutschland und Europa, dem Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF), Klaus Schwab, lauscht. Er verspricht uns eine Welt, in der wir nichts mehr persönlich besitzen und darüber glücklich sein sollen. (eh)

9 China bereitet sich auf mögliche Sanktionen vor

Die chinesischen Finanzaufsichtsbehörden hielten Ende April eine Dringlichkeitssitzung mit Vertretern in- und ausländischer Banken ab. Alarmiert von der Schnelligkeit und Gründlichkeit, mit der es den US-Behörden nach Beginn des Ukrainekrieges gelang, mit umgerechnet rund 300 Mrd. US-Dollar fast die Hälfte der russischen Währungsreserven einzufrieren, zeigten sich die chinesischen Finanzaufseher auf das Äußerste alarmiert. An der Sitzung nahmen laut der „Financial Times“ neben Beamten der chinesischen Zentralbank und des Finanzministeriums auch Führungskräfte Dutzender chinesischer und internationaler Geschäftsbanken (darunter die HSBC) teil.

Ein möglicher Auslöser für gegen China gerichtete Finanzsanktionen könnte eine Besetzung des Inselstaates Taiwan sein. Peking hat in der Vergangenheit damit schon mehrfach gedroht, wenn Taiwan einen Anschluß an den chinesischen Machtbereich auf Dauer ablehnen sollte. Die Teilnehmer des o.g. Treffens kamen allerdings mehrheitlich zu dem Schluß, daß die mit umfangreichen Sanktionsmaßnahmen zwangsläufig verbundene Entkopplung der chinesischen und westlichen Wirtschaft ungleich schwieriger wäre, als sie im Falle Russlands war und ist. Zu eng und zu vielfältig sind die Verknüpfungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der beiden Wirtschaftssysteme, wie es bereits die coronabedingten Lieferausfälle der beiden letzten Jahre zeigten und zeigen.

Letztlich konnten die befragten Bankspezialisten den Regierungsvertretern keinen Königsweg für den Schutz der Auslandsguthaben etc. aufzeigen. Es geht dabei um Währungsreserven mit einem Gesamtwert von rund 3,2 Billionen US-Dollar, was etwa dem Fünffachen des russischen Wertes entspricht. Weil diese nicht nur in Form leicht transformierbarer Bankguthaben oder Obligationen gehalten werden, sondern auch in wertvollem Grundbesitz angelegt sind (etwa das New Yorker Waldorf Astoria), dürfte den US-Behörden hier der Zugriff an sich sogar noch leichter fallen als im Falle Russlands. (tb)

10 Neues „Transparenzregister“ – neue Eintragungspflichten

Mit dem 1.8.2021 ist das „Transparenzregister- und Firmeninformationsgesetz“ in Kraft getreten. Geführt vom Bundesanzeiger-Verlag wird nunmehr ein Register geführt, in dem juristische Personen des Privatrechts (z.B. GmbH, AG, eingetragene und konzessionierte Vereine, rechtsfähige Stiftungen), eingetragene Personengesellschaften (z.B. KG, OHG, PartG), nicht rechtsfähige Stiftungen (sofern der Stiftungszweck aus Sicht des Stiftenden eigennützig ist) sowie Trusts und vergleichbare Rechtsgestaltungen mit Satzungssitz in Deutschland ihre wirtschaftlich berechtigten Personen nennen müssen. Von der Meldepflicht noch ausgenommen sind nicht eingetragene Vereine, Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), Stille Gesellschaften und Erbengemeinschaften.

Für die Eintragungspflicht gelten folgende Fristen: Bis 31.3.2022 (also bereits abgelaufen) mußten dieser Pflicht AGs, SEs (die sogenannte „Europäische Gesellschaft“, der AG ähnlich) oder KGaAs nachkommen. Ein Fristende bis zum 30.6.2022 gilt für GmbHs, eGs, Europäische Genossenschaften oder Partnerschaftsgesellschaften, in allen anderen Fällen muß die Eintragung bis zum 31.12.2022 erfolgt sein. Wichtig ist noch der Hinweis, daß eingetragene Vereine automatisch in das Transparenzregister eingetragen werden. Verstöße gegen die oben genannten Transparenzpflichten sind Ordnungswidrigkeiten und können mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Eintragungen sollen auf elektronischem Wege unter „www.transparenzregister.de“ vorgenommen werden (tb)

11 Für Sie auf gelesen:

„Ich habe online Pflanzen bestellt und die folgende Mail erhalten: ‚Ihre Bestellung ist eingegangen.‘ – Habe daraufhin gleich noch einmal bestellt . . .“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.